Sinn, Werner

Die kriegsziele unserer feinde

Berlin

1917

97-84232-30
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 9:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11-5-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 29379

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Schützengraben-Bücher

für das deutsche Volk

Die Kriegsziele unserer Feinde

von

Werner Sinn



Berlin 1917
Verlag von Karl Siegismund
Kgl. Sächs. Hofbuchhändler

Preis 20 Pfg.

Schützengrabenbücher für das deutsche Volk

Schützengraben-Bücher

für das deutsche Volk

Die Kriegsziele unserer Feinde

Von

Werner Sinn

1. bis 113. Tausend

47

Berlin 1917
Verlag von Karl Siegismund

Schützengrabenbücher für das deutsche Volk

Schützengraben-Bücher

für das deutsche Volk

Die Kriegsziele unserer Feinde

Von

Werner Sinn

1. bis 113. Tausend

Berlin 1917
Verlag von Karl Siegismund

47

Inhalt.

Unvergeßlich sind die Worte unseres Kaisers, mit denen er sich am 12. Januar 1917 an sein Volk wandte: „Unsere Feinde haben die Maske fallen lassen," so beginnt dieser flammende Aufruf. Und weiterhin heißt es: „Ihr Ziel ist die Niederwerfung Deutschlands, die Zerstückelung der mit uns verbündeten Mächte und die Knechtung der Freiheit Europas und der Meere unter dasselbe Joch, das zähneknirschend jetzt Griechenland trägt."

Der Zehnverband hat in der Tat in seiner unverschämten Antwortnote an den Präsidenten Wilson seine Maske fallen lassen. Jetzt zeigt er sein wahres Gesicht. Sein letztes Kriegsziel ist die Vernichtung Deutschlands. Nur der vermessenste politische Machtwille und ein tödlicher Haß konnten solche Worte diktieren.

Und doch konnten diese maßlosen Forderungen eigentlich nicht mehr überraschen. Dieses Annexionsprogramm unserer Feinde möchte noch so verstiegen erscheinen: ihre führenden Staatsmänner und leitenden Politiker haben die gleichen Forderungen seit langem vertreten. Es handelt sich nicht um wilde Ziele einiger Phantasten oder um unverantwortliche Äußerungen kleiner Zeitungen, sondern die maßgebenden Persönlichkeiten, tonangebende Blätter und weltbekannte

Gelehrte sind es, die uns klipp und klar zu erkennen geben, was wir von unseren Feinden zu erwarten haben. Nicht einen Augenblick dürfen wir übersehen, daß die Eroberungssucht und die Aufstellung derartiger Forderungen leider bitter ernst zu nehmen sind. Es handelt sich auch nicht um allbekannte, mehr oder weniger nichtssagende Phrasen wie „Wiedervergeltung", „Garantien", „Wiederherstellungen" u. dgl., sondern um ganz bestimmte Kriegsziele unserer Feinde. Nur solche sind hier zusammengestellt worden. Sie sollen uns zur Warnung dienen. Wir wollen daraus lernen, was für ein Schicksal uns bevorstünde, wenn sie zum Ziele gelangten. — Wir wissen jetzt ganz genau, was unsere Feinde wollen — was wir tun müssen, lehren sie uns selbst.

I.
Frankreich.

Seit Ludwig XIV. war der französische Imperialismus und außerdem seit 1870 der Revanchegedanke bestimmend für Frankreichs Eroberungspolitik. Das Bündnis mit England hat in Frankreich den Gedanken an die „Rache für 1870/71", der geschlummert, zu neuem Leben erweckt. Die Kriegshetzer bekamen in Paris sehr schnell das Heft in die Hand, als durch die Annäherung an England die Möglichkeit gegeben schien, an dem verhaßten Feinde Rache zu nehmen. Französischerseits ist ein volles Jahrhundert lang dargelegt worden, daß der Rhein die natürliche Grenze Frankreichs sei. Die Wahl des „Revanche"-Präsidenten Poincaré, eines geborenen Lothringers, ist nach der „Revue de Paris" das Sinnbild einer Wiederauferstehung alter nationaler Politik. Es ist ganz selbstverständlich, daß Elsaß-Lothringen kurzerhand, ohne jede Beschränkung und Bedingung, an Frankreich wieder abgetreten werden muß. Das ist das französische Kriegsziel, über das sich ganz Frankreich einig ist. Der Munitionsminister Thomas hat es in einer Rede am 2. September 1916 zu Champigny ausgesprochen: „Alle Franzosen können sich über das Kriegsziel einigen; zweifellos steht an erster Stelle die elsaß-lothringische Frage. Über andere Fragen kann es diese oder jene Diskussion geben, aber im Schoße der Regierung ist schon beschlossen, daß man sich, wenn die Zeit dazu gekommen ist, ebenso über den Finanz- und ökonomischen Punkt wie über den militärischen einigen wird." Auffallenderweise ist diese Ministerrede nur in einem Lokalblatt, der „Gazette de l'Est" vom 10. September, veröffentlicht worden. Mayeras, der sozialistische Abgeordnete des Seinedepartements, hat im „Populaire" diese Rede abgedruckt und ausdrücklich hinzugefügt, daß es sich um Äußerungen eines bevollmächtigten Mannes handelt. Der „Temps" hebt am 31. Oktober 1916 nachdrücklich hervor, daß sich angesehene Schriftsteller und Politiker, wie z. B. André Sardou, Maurice Alfassé u. a., sich stets zustimmend zu dem Kriegsziel der Zurückgewinnung des lothringischen Eisen- und Kohlenbeckens äußern. Nur beschränken sich die meisten von ihnen nicht auf das im Frankfurter Frieden abgetretene Gebiet, sondern möchten nun auch gleich das gesamte lothringische Industriegebiet dazu haben. So führt der frühere Unterstaatssekretär Maurice Ajam im Handelsteil der

„L'Information" vom 15. September 1915 aus: „Obwohl das Becken von Saarbrücken nicht zum alten Elsaß gehört hat, müßte es doch schon des bestehenden wirtschaftlichen Zusammenhangs wegen französisch werden. . . . Alle Opfer sind unnütz gebracht, wenn Frankreich nach dem Kriege nicht Kohlengruben erhält."

Selbst die Antimilitaristen und radikalsten Sozialdemokraten stimmen dem zu. Denn Gustave Hervé schreibt in seiner „Victoire" vom 22. Oktober 1916: „Die Zurücknahme von Elsaß-Lothringen ist natürlich keine Annexion, auch wird kaum etwas dagegen zu sagen sein, wenn man das besiegte Deutschland zwingt, einen Teil der Kriegsschuld in natura abzuzählen, und zwar in Form des Saar-Kohlenbeckens, das die Vorsehung neben unserer metallurgischen Industrie Lothringens geschaffen hat." Noch weiter geht Hervé in seinem Artikel in der „Victoire" vom 11. November, nachdem er die Ausführungen des Reichskanzlers über die Kriegsursachen widerlegt zu haben glaubt: „Durch Deutschlands Niederlage muß der pangermanistische Traum zerstört werden und die österreichisch-ungarische Monarchie von der Karte Europas verschwinden. Außerdem müssen bei der Wiederherstellung Polens, die vom Großfürsten Nicolaus feierlichst versprochen wurde, Preußen seine polnischen Provinzen, zu denen die reichen Kohlen- und Erzgebiete Schlesiens gehören, weggenommen werden. Und schließlich muß durch die Abtretung der reichen Erzgebiete des alten Lothringens dem militärischen Deutschland eine weitere Klaue entrissen werden."

Unser Vaterland soll in kleine Teile zerlegt und durch eine ungewöhnlich schwere Kriegsentschädigung ausgesogen werden. Noch im Juli 1915 ließen die französische Patriotenliga sowie ihr Präsident, der frühere Minister Barrès, unter den französischen Truppen Landkarten verteilen, auf denen genau verzeichnet war, welche Teile Deutschlands nach dem Kriege Frankreich sollten zufallen müssen. Es kümmert die Franzosen durchaus nicht, daß im Fall einer praktischen Verwirklichung solch alberner Theorien große Stücke Deutschlands mit reindeutscher Bevölkerung fremden Staaten einverleibt würden. Das vielgerühmte „Nationalitätenprinzip" des Verbandes bleibt dabei gänzlich außer Betracht. Und schließlich würde die Einverleibung rein germanischer Gebiete in das romanische Frankreich nur die Fortsetzung einer Eroberungspolitik bedeuten, die Frankreich jahrhundertelang getrieben hat.

Ein Deutsches Reich gibt es nach diesen „Weltverteilungsplänen" nicht mehr, sondern sechs selbständige deutsche Staaten, von denen Preußen einer der kleinsten ist, während Hannover und Sachsen mit großen Gebieten an der Spitze marschieren. Um nur ein Beispiel hierfür zu geben, sei auf die Schrift „Die Zerstückelung Deutschlands" des Universitätsprofessors Onésime Reclus hingewiesen. Darin wird ungefähr folgendes verlangt: Frankreich erhält Elsaß-Lothringen und einen Teil des linken Rheinufers bis oberhalb Köln unter Einbeziehung von Mainz, Bonn und Coblenz. Auch Luxemburg wird Frankreich einverleibt. Belgien soll Köln, Aachen und einen Teil des westfälischen Kohlengebiets erhalten. Die ehemaligen Königreiche Hannover und Westfalen werden wieder eingerichtet. England bekommt die Insel Helgoland sowie Ham-

burg und Bremen mit dem Hinterland. Freie Städte könnten wiederhergestellt oder neu geschaffen werden, so Lübeck unter russischer, Frankfurt, Mannheim und Essen unter französischer Schutzherrschaft. Ferner soll Nordschleswig bis zum Kanal an Dänemark, das „Großherzogtum" Posen nebst Westpreußen und Oberschlesien an das neue Königreich Polen von Rußlands Gnaden fallen. Preußen wird „hingerichtet". Österreich verschwindet überhaupt. Die Bildung des Königreichs Polen hat der ehemalige Staatsminister Yves *Guyot* in einer Rede, die er im Februar 1915 zu London hielt, noch näher umschrieben. Es soll demnach Posen mit Danzig, das Mündungsgebiet der Weichsel, einen Teil Schlesiens und Galiziens bis zum San umfassen. Auch der frühere Handelsminister *Millerand* hat in einer Mitte Januar 1917 zu Lyon gehaltenen Rede die Herausgabe aller polnischen Gebiete mit Danzig, außerdem jedoch die Abtretung aller Bismarckischen Eroberungen gefordert.

Natürlich verliert Deutschland seine *Kolonien*. Guyot z. B. will sie unter England, Frankreich und Japan verteilt wissen.

Was Talleyrand schon im Jahre 1815 für Frankreich befürchtete: die wirtschaftliche Überlegenheit Preußens über Frankreich infolge seines Aufschwunges blieb seitdem das Menetekel französischer Wirtschaftspolitiker. Man will Deutschland schwächen, indem man es vor allem seiner Schwerindustrie beraubt. *Jean Herbette* z. B. verlangt im „Echo de Paris" vom 26. Dezember 1916 ausdrücklich „die Herstellung des Gleichgewichts, d. h. gleichmäßige Verteilung der Kriegsmittel". „Denn", so erläutert er des näheren, „die außerordentliche Entwicklung

Deutschlands ist nur möglich infolge seines Überflusses an Kohle. Die Kohle ließ die Versuchung, den Krieg zu wagen, aufkommen und lieferte die Mittel, ihn zu führen. Die allererste Friedensbedingung ist, daß Deutschland und Österreich aufhören, die Könige der Kohle zu sein!"

Der entschiedenste Wille zur Vernichtung und Aufteilung unseres Vaterlandes ist in französischen Regierungskreisen bis in die Kabinette der maßgebenden Minister hinein lebendig. Bekannte Gelehrte schließen sich dem an. So der Pariser Geschichtsforscher J. *Dontenville*, der in seiner Schrift „Nach dem Kriege" „zu seinem Bedauern" auf das Nationalitätenprinzip keine Rücksicht nehmen kann; ferner der Präsident der Zentralkommission der geographischen Gesellschaft, C. H. *Lallemend*, Mitglied der Akademie der Naturwissenschaften, der sich in den wüstesten Beschimpfungen und Verleumdungen gegen Deutschland gefällt; außerdem der Professor E. *Denis* in Paris, der Geschichtsprofessor J. *Pontenville*, der Schriftsteller C. *Mauclair* usw. Der frühere Handelsminister *Raoul Perat* verfaßte eine programmatische Schrift, die Mittel und Wege zur wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands aufweisen will. Der Schriftsteller *Camille Mauclair* schreibt: „Wir werden uns also in jeder Weise bemühen, Deutschland zugrunde zu richten, wirtschaftlich und moralisch zu isolieren und seine Wissenschaft, seine Philosophie, seine Kunst, seine sozialen Theorien in der ganzen Welt systematisch der Geringschätzung preiszugeben. („Petit Niçois" vom 5. Januar 1916.) Der ehemalige Ministerpräsident *Charles Dupuy* fordert die Einsetzung eines französi-

schen Präfekten in Coblenz („Gazette de Lausanne" vom 8. März 1915) usw.

Doch die menschen- und kulturfeindlichen Kriegsziele Frankreichs gehen noch viel weiter. Der Historiker Gabriel Hanotaux, der einstmalige Minister des Auswärtigen, schrieb zu Beginn des Krieges: „Wir gehen nicht darauf aus, den Kölner Dom zu verwüsten, wohl aber wollen wir das mit allen deutschen Fabriken, Warenhäusern, Banken, Maschinen- und Bahnhofsanlagen tun. Der schon erwähnte Akademiker Barrès will uns folgende Friedensbedingungen auferlegen: „Die Kunstschätze der deutschen Museen werden nach Frankreich überführt; es wird Deutschland eine Kriegsentschädigung für eine unbegrenzte Anzahl von Jahren aufgelegt, deren einzelne Raten ungefähr dem gegenwärtigen Heeresetat entsprechen würden; das Heeresbudget selbst wird abgeschafft. Das deutsche Heer muß für immer abgetan sein, höchstens wäre eine Bürgerpolizei erlaubt."

Hanotaux fordert im „Figaro" vom 22. Dezember 1916 die Vernichtung des Deutschen Reiches, diese Vernichtung ist für ihn gleichbedeutend mit der Vernichtung des preußischen Militarismus. Von einer „endgültigen Zerschmetterung des imperialistischen Deutschlands" spricht der „Lyon Républicain" vom 9. Dezember 1916. Im „Temps" vom 2. Oktober 1916 will man den „Krieg bis zum logischen Schluß fortführen, das heißt bis zum Siege über die räuberische Macht, welche den Frieden und die Ordnung Europas störte, und bis zur Unmöglichkeit für Deutschland, jemals wieder auf seinen Weltherrschaftstraum zurückzukommen". Von einem „Bestrafungskrieg" schreiben mehrere

Blätter. „Das Deutsche Reich muß aufgelöst werden", meint die „Revue hebdomaire" vom 7. Oktober 1916. Im „Gaulois" vom 1. November 1916 schreibt Arthur Meyer: „Das Deutsche Reich hat seine Aufgabe verfehlt. Der Friede der Welt verlangt, daß es unschädlich gemacht wird. Es hat heute die Natur gegen sich. Die Natur will Ordnung und Harmonie. Darum wird sie das Deutsche Reich beseitigen."

Was die Höhe der Kriegsentschädigung anbetrifft, die Frankreich dem verhaßten Deutschland auferlegen will, so gehen die Meinungen darüber weit auseinander. Der schon genannte Reclus will Deutschland eine Kriegsentschädigung von 101 Milliarden, zahlbar in 101 Jahren, auferlegen. „Die Deutschen würden es verdienen, auf dem Sklavenmarkt verkauft zu werden, nachdem man sie, den Strick um den Hals, dorthin getrieben hat. Nicht die große Masse, die auch gute Eigenschaften hat. Tölpelhaft, grob, gefräßig, dem Trunke ergeben, hat sie doch Familiensinn, ist fleißig, geduldig, gelehrig, aber auch etwas unterwürfig. Man befiehlt, sie gehorcht. Aber sie, die ihr befehlen, die sie führen und antreiben, verdienen die Kette und das Halseisen. Sie alle. Zu allererst die Lehrer vom letzten Dorfschulmeister bis zum Rector magnificus, dann die Geistlichkeit, ob sie katholisch oder lutherisch ist, vom letzten Vikar bis zum vornehmsten Bischof, weiter die zahllosen Kaufleute, Fabrikanten, Hüttenleute, Bankiers, ebenso die Journalisten, die Volkswirte, Historiker und Philosophen, vor allem aber die Kaste der Militärs, die feudalen Junker, vom kleinsten Leutnant bis zum obersten Kriegsherrn. Ja, sie sind es wert, in die Sklaverei geschleppt zu wer-

den." 200 Milliarden Kriegskosten für den ganzen Zehnverband sind mehrfach gefordert worden. Der frühere Ministerpräsident Barthou verlangt davon im „Matin" für Frankreich allein zunächst einmal mindestens 45 Milliarden. Recht beifällig bespricht ferner ein Leitartikel der „Financial News" vom 17. Januar 1917 ganz besonders eingehende Vorschläge eines französischen „Zukunfts-Ausschusses" (Lookahead Committee), wonach jeder durch den Krieg geschädigte Bezirk eines Verbandsstaates eine Schadenberechnung nach folgenden Gesichtspunkten aufstellen sollte:

a) Ersatz oder Wiederherstellung von Baulichkeiten;
b) Ersatz der Beschädigung öffentlicher Gebäude, Straßen, Brücken, Eisenbahnen usw.;
c) Ersatz sonstiger unter a und b nicht enthaltener materieller Schäden;
d) Ersatz aller Waren, Anlagen, Rohstoffe usw., die vom Feinde beschlagnahmt sind, in Höhe des Marktwertes am Tage der Zeichnung des Friedensvertrages;
e) Ersatz aller Kriegskontributionen und Ausgaben, die der Feind auferlegt hat.

Außerdem sollte eine Liste über Beschädigung aller getöteten oder verletzten Personen, Soldaten wie Bürger, aufgestellt werden, in der jede getötete Person mit dem Werte von 800 Pfund und jede beschädigte mit einem der folgenden Sätze erscheint:

	v. H.	
bei unheilbarer Geisteskrankheit	100	
bei völligem Verlust beider Augen	100	

	v. H.	
bei Verlust beider Arme oder Hände	100	
bei Verlust eines Armes oder eines Beines . .	100	
bei Verlust beider Füße	100	
bei Verlust eines Beines	50	
bei Verlust eines Fußes	40	
bei Kürzung eines Beines um mehr als 2 Zoll .	20	
bei Verlust der großen oder zweier anderer Zehen	15	
bei Verlust eines Armes oder einer Hand . .	50 (rechts)	40 (links)
bei Verlust eines Daumens	25 „	15 „
bei Verlust eines Zeigefingers	20 „	10 „
bei Verlust des Daumens und eines Fingers	35 „	10 „
bei Verlust von vier Fingern mit Daumen	45 „	35 „

Für Kinder getöteter oder verletzter Personen, die hiernach um mehr als 20 v. H. beeinträchtigt sind, soll außerdem, wenn sie unter 17 Jahren sind, ein Erziehungsgeld bis zum vollendeten 21. Lebensjahre von 50 Pfund jährlich verlangt werden.

Der Ausschuß schätzt diese Beträge auf 2 Milliarden Pfund, die die Vierbundsmächte leicht neben der sonstigen, auf 25 Milliarden zu berechnenden Entschädigung bezahlen könnten. Alle Entschädigungen müßten die vier Mächte als Gesamtschuldner zu zahlen verpflichtet sein,

während an sich auf Deutschland elf Zwanzigstel, auf Österreich-Ungarn sechs Zwanzigstel, auf die Türkei zwei Zwanzigstel und auf Bulgarien ein Zwanzigstel entfielen.

Erwähnt sei schließlich auch noch, daß von verschiedenen Seiten gefordert wird, daß das Deutsche Reich zu den Friedensverhandlungen überhaupt nicht zugelassen werde.

* * *

Die Kennzeichnung des französischen Kriegszielprogramms wäre nicht vollständig, wenn ich nicht zwei besondere Merkmale wenigstens ganz kurz erwähnen würde.

Das sind zunächst die Lächerlichkeiten französischer Provinzblätter, die „die Erschießung der Hohenzollern Unter den Linden in Berlin" und „den Dienstzwang der Prinzessinnen" als ihre „Kriegsziele" hinzustellen belieben. Es genügt, wenn man darüber möglichst kurz hinweggeht.

Wie tief gesunken aber das französische Volk sein muß, erhellt aus weiteren Äußerungen über „Kriegsziele", die man nicht verschweigen kann, um die Niedertracht des französischen „Kulturvolkes" gebührend zu kennzeichnen. Was der Franzose als Einzelpersönlichkeit mit brutaler Offenherzigkeit von dem großen Siege über Deutschland für sich erhofft, ist nach drei Beispielen folgendes:

In Nummer 3 der Kriegszeitung des 75. französischen Regiments (vom 31. März 1915) findet sich ein Gedicht, überschrieben „Die Stunde der Züchtigung". Jede der sechs Strophen beginnt mit dem Vers: „Deutsche, wir werden eure Töchter besitzen".

Der Kriegsberichterstatter Scheuermann meldet vom 15. August 1916: „Den Dolmetschern gegenüber haben sich die in der Sommeschlacht gefangenen Senegalesen übereinstimmend geäußert: man habe ihnen, und zwar haben das Offiziere des zivilisierten Volkes der Franzosen getan, als Siegespreis eine weiße Frau versprochen."

Die „Frankfurter Zeitung" meldete vier Tage später, daß bei einem französischen Unterleutnant und Flugzeugbeobachter, der an der Somme in deutsche Hände fiel, einige von seinem Vater, einem bei der Commission militaire de gare in Vitry-Le-François diensttuenden Oberstleutnant geschriebene Briefe gefunden wurden, die nachstehende Sätze enthielten: „Ich fürchte sehr, diesen Winter meinen neuen Mantel noch in Frankreich tragen zu müssen, ein Gedanke, der mir zuwider ist. Ich hoffte immer noch, Trier oder Köln oder Aachen zu sehen. Ja, Kuchen! Ich befürchte sehr, daß ich nicht vor dem Winter 17 oder 18 in Trier sein werde. Dort aber will ich mir dann für billiges Geld die seltensten Pelze kaufen, einen aus dem Muff einer Erzherzogin hergestellten Umhang, einen aus Geheimrätinnenhaut gefertigten Leibriemen und .... (der einfachste Anstand verbietet es, die weiteren Worte dieses „Kulturdokuments" zu wiederholen).

II.
England.

Ganz außerordentlich volkstümlich sind die wirtschaftlichen und handelspolitischen Kriegsziele in England. Bereits am

25. September 1914 las man darüber in der weit verbreiteten Zeitschrift „The Engineer": „Es gibt ein gewaltsames, aber höchst einfaches Mittel (um den deutschen Handel zugunsten des englischen zu vernichten). Das Mittel ist die vorbedachte und planmäßige Vernichtung der Fabriken und Maschinen der deutschen Industrie, die sich auch auf die großen Eisen- und Stahlwerke des „Vaterlandes" erstrecken muß. Die Besetzung des deutschen Bodens durch die verbündeten Heere muß Hand in Hand gehen mit der Vernichtung aller großen, in den besetzten Gebieten befindlichen Industrien. Man hält hier dafür, daß, wenn dieser Plan einer organisierten Vernichtung in England und Frankreich allgemein bekannt und anerkannt würde, das Kapital in großem Maßstab dazu angetrieben werden würde, sich an inländischen Industrieerweiterungen zu beteiligen, die durch solche Maßregeln unberechenbare Gewinne machen würden."

Zahlreiche englische Blätter erblicken seitdem in der „Bestrafung", d. h. in der „wirtschaftlichen Paralysierung" Deutschlands ihren Herzenswunsch. „Financial News" vom 15. September 1915 wollen den völligen Bankrott Deutschlands und schlagen dazu die Forderung einer Kriegsentschädigung von 20 Milliarden Mark vor. „Die Kruppwerke müssen dem Grund und Boden gleichgemacht, die deutsche Flotte muß den Siegern ausgeliefert und der Kieler Hafen wird internationalisiert werden." Im Januar 1916 erhöhten die „Financial News" ihre geldlichen Forderungen auf 80 Milliarden Mark mit einer Zinsenschuld von jährlich 5 Milliarden. Außerdem aber verlangt das Blatt: „Lieferanten, die Deutschland auf Kredit verkaufen, wer-

den verständigt, daß die Entente ihre Forderungen nicht anerkennen wird. Alle deutschen Anleihepapiere haben hinter der Kriegsentschädigung zurückzustehen. Eine bestimmte Zeitlang nach dem Abschluß des Friedens haben alle deutschen Güter, die in Ententeländer ausgeführt werden, bis 50 % Eingangszoll zu zahlen. Der Nordostsee-Kanal wird für alle deutschen Schiffe so viel Jahre geschlossen, als die deutschen Unterseeboote Schiffe versenkt haben." „Fortnightly Review" stellte im Januar 1916 ähnliche Forderungen auf. So u. a.: „1. Sofortige Entthronung des deutschen Kaisers und Verbannung mitsamt seinen Söhnen von deutschem Grund und Boden. 2. Die deutsche Flotte wird draußen auf hoher See in den Grund gebohrt oder aber beschlagnahmt. 3. Die deutschen Kolonien werden beschlagnahmt. 4. Bleibende industrielle und kommerzielle Ausschließung der Deutschen sowohl von den Märkten wie von den Städten der Bundesgenossen. 5. Die Türkei hört auf, ein europäischer Staat zu sein. 6. Bulgarien wird unter die Balkanstaaten verteilt." „Weekly Dispatch" zählt im Oktober 1916 folgende Friedensbedingungen auf: „1. Bevor irgendeine Erörterung der Friedensbedingungen beginnen kann, hat Deutschland alles besetzte Gebiet der Verbandsmächte zu räumen und Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben. 2. Deutschland zahlt eine Kriegsentschädigung von 500 (!) Milliarden Mark. 3. Deutschland ersetzt (durch Abtretung von Schiffen) alle durch deutsche Unterseeboote zerstörten Fahrzeuge. 4. Deutschland stellt alle in Belgien zerstörten Fabriken wieder her. 5. Die Verbandsmächte behalten die von ihnen besetzten Kolonien

Deutschlands. 6. Alle deutschen Eisenbahnen und Bergwerke werden bis zur Bezahlung der Kriegsentschädigung von den Verbandsmächten verwaltet."

Man wäre wirklich geneigt, über solch albernes Geschwätz zu lachen. Die „Bestrafungs"sucht feiert in manchen Journalistenköpfen aus dem Verbandslager geradezu Orgien. Maeterlinck hat erklärt: „Die Deutschen werden die Sklaven Europas sein." Gribble verurteilt im „Daily Chronicle" vom 9. Oktober 1916 „Deutschland zu Zwangsarbeit". Derselbe verlangt im „Nineteenth Century" (Mai 1915): „Wiederherstellung aller in Belgien zerstörten Gebäude, Ersatz für die in Löwen und anderswo zerstörten Kunstschätze, Bareinlösung des in Belgien in Umlauf gesetzten Papiergeldes, Rückzahlung aller den belgischen Gemeinden auferlegten Kriegssteuern und Geldstrafen, Entschädigung der Hinterbliebenen aller durch Deutschland ermordeten Personen, Entschädigung für alle durch deutsche Offiziere und Soldaten begangenen Diebstähle, Bezahlung der durch die Verteidigung der Neutralität der belgischen Regierung erwachsenen Kosten wie auch der dem belgischen Handel und Ackerbau zugefügten Schäden. Das Gold der Deutschen Reichsbank wird beschlagnahmt; die in deutschen Speichern aufgehäuften Waren, die Kunstschätze der Museen, die Juwelen der Juweliere, die Depositen der Banken ebenso. Alle Deutschen, vom Kaiser und Kanzler abwärts, müssen ohne Erbarmen jedes Pfennigs ihrer Habe beraubt und daran gehindert werden, das Land zu verlassen, bis ihre Schuld bezahlt ist. Die Verbandsmächte müssen sich schadlos halten: 1. an dem Lande, besonders seiner Landwirtschaft und seinen Bodenschätzen; 2. an den Verkehrsmitteln, wie Eisenbahnen, Kanälen usw.; 3. an den Fabriken und ihren Maschinen; 4. an der Arbeit des Volkes." Besonders ernsthafte Beachtung verdient ein Artikel von Edgar Crammond in derselben Zeitschrift, weil der Verfasser behauptet, alle seine Vorschläge entsprächen den Beschlüssen der Pariser Konferenz vom 14. bis 17. Juni 1916. In diesem Artikel „Abrechnung" spricht er ausdrücklich von der Schwächung der Machtmittel der Besiegten und Verhinderung eines Rachekrieges und „Bestrafungen" für die „Störung des Weltfriedens". Die Kriegsentschädigung selber muß berechnet werden auf Grund des Verlustes an Menschenleben und auf Grund des zerstörten Eigentums. Crammond selbst errechnet 160 bis 170 Milliarden Mark. 40 bis 60 Milliarden Mark sollen die Mittelmächte jährlich in bar abzahlen; im übrigen müssen die wertvollen Vorräte an Kohlen, Eisen, Kali und an anderen Mineralien, weiter die Eisenbahnen und vor allem die Handelsschiffe herhalten, um alles, was Deutschland in den besetzten Gebieten „gestohlen" oder vernichtet habe, zu vergüten. Außerdem phantasiert Crammond weiter von besonderen Kriegs-Schuldverschreibungen, Kriegssteuern u. a. m. Archibald Hurd schreibt im „Daily Telegraph" vom 24. Dezember 1915: „Im Bunde mit den verbündeten Seemächten mag England die deutschen Schiffe von den Seehäfen ausschließen. Der Wille dazu besteht bei allen beteiligten Mächten." Swinburne Sheldrake meint in der „Morning Post" vom 29. Dezember 1915: „Wenn man Deutschland das Recht des unbeschränkten Zutritts zu den Häfen Englands und

seiner Verbündeten verwehrt, bedeutet das die Erdrosselung des deutschen Handels und Wohlstandes genau so, wie wenn die britische Armee Berlin besetzt hält. Von unglaublicher Anmaßung ist weiter ein Aufsatz von Alfred Bigland in „The Times Trade Supplement" vom September 1916, überschrieben „Die wirtschaftliche Bestrafung Deutschlands". Darin will der Schreiber u. a. die deutsche Industrie längere Zeit hindurch in einem Zustand sklavischer Abhängigkeit halten, sodann das ganze deutsche Volk vor dem Richterstuhl der Regierungen der Verbündeten vernehmen, um es einen großen nationalen Todeskampf auskämpfen zu lassen, ferner will er den deutschen Landwirt völlig ruinieren und kommt dann schließlich zu folgender „Zusammenfassung": „Die Bestrafung Deutschlands wird meiner Ansicht nach nicht wirksam sein, wenn man sich zu sehr auf eine Kriegsentschädigung in Geld oder auf das Einfuhrverbot für deutsche Waren in den Ländern der Verbündeten verläßt. Eine besonders wirksame Strafe wird dagegen durch die oben behandelte Einschränkung der Produktionskräfte Deutschlands herbeigeführt werden können, a) indem man hohe Ausfuhrzölle für alle Waren erhebt, die aus England und seinen Kolonien sowie den verbündeten Ländern ausgeführt werden und in Deutschland in besonders großem Umfange Verwendung finden, b) indem man die deutschen Schiffahrtsrechte in den Häfen der Verbündeten einschränkt, c) indem man Maschinen und Fabrikeinrichtungen aus den deutschen Anlagen in die Länder der Verbündeten bringt und die deutschen Eisen- und Stahlwerke, sowie die Waffenfabriken zerstört, d) indem man einen Zoll gegen die deutsche Ausfuhr an Zucker und allen möglichen Fabrikaten in allen verbündeten Ländern erhebt und e) indem man die neutralen Länder durch günstige Anerbietungen dazu veranlaßt, sich den Verbündeten auch in wirtschaftlicher Beziehung anzuschließen, und zwar auf der Grundlage der differentiellen Behandlung der deutschen Produktion."

Soll man sich überhaupt noch wundern, wenn in der „Times" am 30. Oktober 1916 ernsthaft folgende Friedensbedingungen gestellt werden: Deutschland verzichtet dauernd auf den Besitz: a) von Unterseebooten, b) von Luftschiffen und Flugzeugen, c) von schwerer Artillerie (!)? Dementsprechend entblödet sich ein sehr angesehenes Fachblatt, der „Engineering", auch nicht, bei Beginn des Krieges zu fordern, „daß beim Einmarsch der Verbündeten ins Rheinland und die Provinz Westfalen alle deutschen Bergwerke und Fabriken von Grund auf zerstört werden sollen!"

England will uns so schwächen, daß wir wirtschaftlich und politisch vollkommen von seiner Gnade abhängig sind und nur das tun und lassen dürfen, was uns von Großbritannien gestattet wird. Deswegen will es uns vor allen Dingen auch unsere sämtlichen Kolonien abnehmen. Sein oberstes Ziel ist die Aufrechterhaltung seiner unbedingten Herrschaft zur See und seine unantastbare Stellung als erster Handels- und Industriestaat der Welt. Ganz Europa muß England nach Meinung des englischen Militaristen Homer Lea seinem Willen unterwerfen. Englische Staatsmänner haben sich offen für eine Vernichtung Deutschlands ausgesprochen. In einem Punkte sind die feindlichen Diplomaten

von Lloyd George bis Bissolati, von Briand bis Protopopow sich alle einig: uns auszurotten.

Lord Haldane, der anläßlich seiner Berliner Mission im Jahre 1912 wohlbekannte „Deutschenfreund", verstieg sich im November 1915 zu der Ansicht, „daß zu der Zeit, da England sich auffordern ließe, Friedensvorschläge zu machen, die deutsche Nation für diesen Zweck nicht mehr existieren werde. Der Premierminister von Neu-Seeland, W. F. Massey, äußerte sich laut „Daily Mail" vom 9. Oktober 1916 über die völlige Vernichtung Deutschlands folgendermaßen: „Wir wollen den Krieg nicht eher beendigen, bevor wir nicht den Feind völlig vernichtet haben und einen Frieden mit Ehren machen können. Auf Grund unseres Freiwilligensystems sind wir imstande gewesen, so viele Soldaten zu stellen, wie von unserem Mutterlande gefordert wurden. Um jedoch völlig sicher zu gehen, eröffneten wir dem Parlament, daß die Einführung der Wehrpflicht vielleicht erforderlich werden würde. Das Parlament hat fast einstimmig — gegen nur fünf Stimmen — ein dahingehendes Gesetz angenommen." Der ehemalige Minister Mastermann wünscht in der „Nation" folgende Friedensbedingungen: Der Rhein solle Deutschlands westliche Grenze werden; Schleswig-Holstein solle Dänemark, Polen Rußland zufallen; die deutsche Flotte solle ebenso wie die deutschen Kolonien weggenommen werden, und endlich müsse Deutschland 40 Milliarden Mark Kriegsentschädigung an Frankreich bezahlen. Der englische Kolonialminister Long hat nach einer Meldung der holländischen Telegraphenagentur aus London Ende Januar 1917 erklärt, er könne auf Grund seiner

Kenntnis der Dinge und seiner Verantwortlichkeit mitteilen, daß die durch England eroberten deutschen Kolonien niemals wieder unter deutsche Herrschaft kommen sollen. Dies ist ein nachträgliches, in den Ententenoten über die Friedensziele der Alliierten bisher vermiedenes Zugeständnis, das erst infolge scharfer Anfragen, besonders von seiten Australiens und Neu-Seelands, gegeben wurde. Sir Joseph Compton Rickelt, Mitglied des Staatsrats, ließ sich im Dezemberheft der „Contemporary Review" 1915 wie folgt vernehmen: „Zurückdrängung des deutschen Heeres aus Frankreich und Belgien über den Rhein hinaus weit in deutsches Gebiet hinein. Nur dann kann England hoffen, Süddeutschland zur Vernunft zu bringen und Preußen zu isolieren. Es wird nicht einmal genügen, Deutschland die Kolonien wegzunehmen, sein Heer aufzulösen, seine Flotte sich ausliefern zu lassen und eine große Entschädigungssumme ihm aufzubürden. Es muß ein Frieden werden, der es England und seinen Verbündeten gestattet, Deutschland militärisch zu überwachen. Die deutsche Küste im Norden muß einem Bunde kleiner Staaten anvertraut werden, während England zur Sicherung des Kieler Kanals sich Helgoland sichern würde." Sir Harry Johnston, der frühere Gouverneur von Britisch-Zentralafrika, meinte in „New Statesman" (im Juli 1915): „Wenn Deutschland so aller seiner Besitzungen und Vorrechte beraubt ist, dann haben wir seinen Handel in der Alten Welt in unserer Macht. Dann kann Deutschland in keinem der großen Produktions- und Abnahmeländer ohne Einwilligung der Verbündeten rechtmäßigen Handel treiben." Ebenso bedeutungsvoll ist ein

Vortrag, den Johnston am 24. Februar 1915 in der „Royal Geographical Society“ hielt, in dem er sich mit der Frage der Erweiterung des englischen Kolonialreichs befaßte. Nach einem Bericht der „Deutschen Kolonialzeitung“ führte er da aus: „Das Ergebnis eines für die Verbündeten überhaupt annehmbaren Friedens muß darin bestehen, daß Deutschland außerhalb seiner Grenzen überhaupt keine Kolonien mehr besitzt. . . . . . In Ostafrika wird es uns endlich möglich sein, einen Verbindungsweg zwischen dem Kap und Kairo zu bekommen. . . . Wie wir ein Kaiserreich von Indien haben, so können wir eines Tages ein Kaiserreich Sansibar haben..“ Sir Johnston verteilt gleichzeitig die Asiatische Türkei. England bekommt ganz Südpersien, Mesopotamien, Arabien und einen Teil Syriens und damit die langersehnte Landverbindung mit Indien. Frankreich wird hiernach mit dem Rest von Syrien abgefunden, Rußland ist Kleinasien mit Armenien und Nordpersien zugedacht. Und der Indische Ozean wird somit ein britischer Binnensee. Und zum Schluß seiner Rede betonte Johnston noch einmal seine alte Forderung: „Wir müssen dafür sorgen, daß Deutschland außerhalb seiner und Österreich-Ungarns Grenzen jeder Macht verlustig geht. Durch Zölle müssen wir es vollständig vom Handel der Alten Welt ausschließen können.“

Der Bischof von Manchester, Welldon, erklärte beim Frühgottesdienst in der Manchester Kathedrale: „Die Überbleibsel der deutschen Flotte müssen weggenommen, die Kruppschen Werke geschlossen und der Kieler Kanal internationalisiert werden. Helgoland muß englisch sein.“ Lord Rosebery sagte in einer Rede

am 31. Januar 1916: „Wir sind einig in dem Beschluß, keinerlei Anstrengung zu unterlassen, um den Sieg zu erringen und das blutdürstige, gewalttätige Preußen in die Knie zu zwingen. Preußen muß als Großmacht verschwinden.“ Sir Edward Carson führte in einer Ansprache, die er am 12. Januar 1916 hielt, u. a. aus: „Der Krieg muß weitergeführt werden, bis Deutschland dermaßen niedergeschmettert ist, daß es für viele Jahrzehnte lang nicht mehr imstande ist, einen neuen Krieg zu führen.“ Lloyd George hat in seiner berüchtigten Unterredung mit dem amerikanischen Korrespondenten Howard am 30. September 1916 den englischen Vernichtungswillen bis zum Äußersten zum leitenden Grundsatz und Endziel der englischen Politik erhoben. Später hat dieser damalige englische Minister im Unterhaus, ohne Widerspruch zu finden, den derzeitigen Ministerpräsidenten Asquith als Zeugen dafür aufgerufen, daß er damit nur wiederholt habe, was von Asquith bereits häufig erklärt worden sei. Ähnliche Äußerungen liegen auch von Sir Edward Grey vor. Bekannt ist auch der Ausspruch Lord Kitcheners: „Die Grenze des englischen Reiches in Europa ist nicht der Pas de Calais, sondern die Maaslinie.“

Hierher gehören auch noch die Erwähnungen der vielgenannten Berichte der belgischen Gesandten. Baron Greindl, der belgische Gesandte in Berlin, beichtet am 18. Februar 1905: „Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie.

Dieser Haß wird fortbestehen, bis die Engländer sich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, daß der Welthandel kein Monopol ist, welches England von Rechts wegen zukommt.“ Ähnlich schreibt Graf Lalaing, der belgische Gesandte in London, am 23. Juni 1906: „Deutschland ist der große kommerzielle, militärische und in der Zukunft vielleicht auch maritime Nebenbuhler; daraufhin glaubt jeder gute Bürger verpflichtet zu sein, dieses Land zu hassen, weil er sich sagt, daß es für den Augenblick das einzige Land ist, von dem er seit der Schwächung Rußlands und der Entente mit Frankreich etwas zu fürchten hat.“

* * *

Sehr verschieden von den Kriegszielen Englands ist der Standpunkt Irlands. Am 15. Dezember 1915 legte der irische Abgeordnete Ginell der englischen Regierung folgende Fragen vor:

1. Hat die englische Regierung den Gedanken in Erwägung gezogen, daß Deutschland Belgien seine völlige Unabhängigkeit zurückzugeben habe unter der Bedingung, daß England ebenso gegenüber Irland verfahren werde?
2. Wenn dies der Fall gewesen ist — was ist dann beschlossen worden?
3. Wenn dies aber nicht der Fall gewesen ist — wann wird man dann die gute Gelegenheit benutzen, um den Versprechungen, die man den kleinen Nationen gemacht hat, nachzukommen?

In Amerika haben sich die Iren viel mehr noch als in Europa mit Entschiedenheit auf die Seite Deutschlands gestellt. Am 5. März 1916 traten sie in New York zu einem großen irischen Nationalkongreß zusammen, gründeten einen „Bund der Freunde der Freiheit Irlands“ und wünschten in einer feierlichen Erklärung den Sieg Deutschlands, weil sie von diesem Siege die Befreiung Irlands erwarteten.

III.
Italien.

Italien führt einen Eroberungskrieg. Es hat in den Weltkrieg eingegriffen, um Teile von Österreich, vom Balkan und von Kleinasien zusammen mit türkischen Inseln erobern zu können, nachdem es schon ein großes Stück der nordafrikanischen Küste der Türkei abgenommen hatte.

So schreibt die „Perseveranza“ vom 14. November 1916: „Das „Giornale d'Italia“ wendet sich mit Recht gegen die Stimmen, welche England ein In-die-Länge-ziehen des Krieges vorwerfen. Italien ist an erster Stelle interessiert an dem zähen Festhalten Englands an seinem Vorhaben. Ein vermittelnder Friede etwa auf dem Status quo würde Italien aufs schwerste treffen. Wir haben keine Territorien vom Feinde zu befreien, außer wenigen Quadratkilometern auf dem Trientiner Hochplateau. Wir wollen vielmehr Gebiet, das Österreich gehört, erobern, und das ist nur möglich mittels des vollen Sieges, von dem Asquith spricht. Ja, wir wollen eine volle Umwälzung der Verhältnisse an der Adria, ein politisch und militärisch geschwächtes, wenn nicht ein vernichtetes Österreich, weil wir sonst nach wenigen Jahren Erholung eine Strafexpedition zu gewärtigen hätten. Wir haben den Krieg aus heiligem nationalen Egois-

mus begonnen. Es ist Unsinn, zu behaupten, daß wir nur Frankreich und England helfen wollten und ihrem Egoismus dienen. Ein deutscher Friede wäre verhängnisvoll für uns. Selbst die deutschen Sozialisten, die Frankreich alles Französische, Belgien alles Belgische zurückgeben wollen, sprechen niemals von unseren nationalen Aspirationen. Statt also über Englands Tücke zu schimpfen, haben wir allen Grund, ihm für seine Zähigkeit im Festhalten seiner Pläne dankbar zu sein." Der „Popolo d'Italia" gibt im Leitartikel vom 20. Dezember 1916 die von seinem Herrn und Meister, dem Staatsminister Benito Mussolino, bereits früher aufgestellten Friedensbedingungen wieder. Sie lauten: Räumung Belgiens, Serbiens, Montenegros. Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich. Aufteilung Österreichs; Südtirol bis Brixen, Istrien mit Triest, Pola, Fiume und Dalmatien bis zur Narenta mit allen Adriainseln werden italienisch. Ein weit umfangreicheres nationalistisches Programm im „New Statesman" vom 11. November 1916 umfaßt folgende Ziele:

1. Das Trentino bis zu den Ötztaler Alpen.
2. Istrien mit Triest, Pola, Fiume und Ost-Friaul.
3. Dalmatien, Festland und Inseln von der Velebit-Kette bis mindestens an die Narenta.
4. Süd- und Mittel-Kleinasien, einschließlich der Bagdadbahn von Mersina an, und als Ersatz für den Verzicht auf Alexandrette die Westküste bis Haidar Pascha und Ismid.
5. Zur Abrundung Libyens: Die Oase Jarabab (von Ägypten) und die Karawanenstraße Ghadames-Ghat im Westen (von Tunis), freier Gebrauch der Karawanenstraße zum Tschad-See und für Handel mit Borku und Tibesti.
6. In der äthiopischen Gegend Anerkennung von Italiens ausschließlichem Einfluß.
7. Abrundung des italienischen Somali-Landes durch Abtretung des englischen und französischen Somali-Landes und der Nordostecke von Britisch-Ostafrika bis zum Rudolph-See und des Juba-Tals.
8. In Arabien: Neutralisierung des Hedschas und ausschließlich italienischer Einfluß im Yemen.

Der Schreiber dieses Aufsatzes findet selbst diese Ziele des Bundesgenossen etwas reichlich weitgehend und hofft, daß Italien doch wohl mit sich handeln lasse und meint, daß „etwaige Abänderungen nicht ausgeschlossen seien. . . . Übrigens sei ja auch die ganze Orientfrage gegenwärtig noch recht problematisch".

Die Gegensätze innerhalb des Zehnverbandes gerade mit Bezug auf die kolonialen Kriegsziele Italiens spiegeln sich auch in einem Aufsatz von A. M. Annoni im „Sole" vom 26. November 1916 wieder. Unter Berufung auf Veröffentlichung der Mailänder „Società di Esplorazioni Geografische e Commerciali" betont Annoni, daß, abgesehen von einer Abrundung und Verbesserung der afrikanischen Besitzungen, Italien in Kleinasien Großes erstreben müsse und nicht zulassen dürfe, daß die Verbandsgenossen Kleinasien, wie sie vorhatten, für sich nehmen. Italien müsse außer dem ihm schon zuerkannten Adalia und der Gegend von Adana die ganze Klein-

asiatische Gegend von den Dardanellen bis Smyrna und von dort bis zum Golf von Alexandrette die ganze Küste mit dem Hinterland erhalten und alle innerhalb dieser Gebietsteile von Angehörigen anderer Länder schon erworbenen Konzessionen käuflich erwerben. Kleinasien sei groß genug, um alle zufriedenzustellen. Rußland habe ja Armenien und Nordmesopotamien schon erobert; England falle Südmesopotamien bis Alexandrette und Palästina und Frankreich Syrien zu.

Es sind also nicht nur die Nationalisten, die solche Ziele haben, wie sie das obige im „New Statesman" veröffentlichte Programm näher bezeichnet. Neugierig könnte man bloß darauf sein, wie England, Frankreich und Rußland sich zu diesen Plänen stellen. Wahrscheinlich prallen die Gegensätze hier noch viel schärfer aufeinander als zwischen Italien und Serbien hinsichtlich der Frage der Adriaküste.

Zu dem Thema „Italiens afrikanische Wünsche" schreibt dann noch „Kim" im „Mattino" vom 22. Oktober 1916: „Das Abkommen zu dritt, das Italien mit Frankreich und England einst geschlossen hat, muß jetzt umgestoßen und von Grund aus neu aufgebaut werden. Bisher suchten wohl England und Frankreich das mit Deutschland verbündete Italien in jeder Weise einzuengen. Aber jetzt hat sich Italien durch seinen Beitritt zu dem antideutschen Block ein neues Anrecht erworben: Afrika muß unter Entfernung des feindlichen Blocks gerecht neu aufgeteilt werden, und für den gewaltigen afrikanischen Machtzuwachs, den sich Frankreich und England in diesem Weltkrieg erwarben, hat Italien Anspruch auf Entschädigung, so auf den Hafen von

Kisinajo, der wohl für England nützlich, aber für Italien unentbehrlich ist, und der schon einmal italienisch war, ehe er englisch wurde; vor allem jedoch auf das englische und das französische Somaliland, die zwischen den beiden italienischen Kolonien Eretria und Somaliland gelegen, der italienischen Expansion einen unübersteigbaren Wall entgegenstellen. Bliebe Dschibuti mit der Eisenbahn nach Adis—Abeba in französischen Händen, so würde dies eine überlegene Konkurrenz für alle italienischen Bestrebungen bedeuten. Erhält Italien durch Abtretungen Englands und Frankreichs das ganze Somaliland, so wird auch der Waffenschmuggel nach Abessinien besser überwacht werden können, da das gesamte Küstengebiet um Abessinien in einer Hand vereinigt wäre."

Der vorhin erwähnte „Kampf um die Adria" wird auch noch ausführlich von Charles Diehl am 15. September 1916 in der „Revue des Deux Mondes" behandelt. Valona bezeichnet Diehl darin als das Gibraltar der Adria. Das Ostufer, so meint er, sei der Einsatz des gegenwärtigen Krieges. Heute sei die Herrschaft in der Adria zwischen Österreichern, Italienern und den Balkanstaaten geteilt. Erst seit kurzer Zeit habe Österreich seine Seemacht entwickelt und mit ihr nach dem wirtschaftlichen Übergewicht in der Adria gestrebt. Daraus folgte die Bekämpfung der italienischen Elemente in Istrien und Dalmatien. Darüber hinaus suchte Österreich Albanien seinem Einfluß zu unterwerfen. Die Adrialänder seien dagegen alter italienischer Besitz, das Meer selbst war ausschließlich in der Hand Venedigs, und die ruhmvolle Herrschaft suchten die Italiener heute anzutreten. Sie

stützten deshalb ihre Stammesgenossen in den österreichischen Provinzen, verständigten sich mit Montenegro und suchten Albanien politisch und wirtschaftlich zu durchdringen. Die österreichische Herrschaft sei in den Augen der Italiener eine Usurpation, der sie historische Rechte entgegenstellten. Als dritte Macht träte Serbien mit seinem Anspruch auf den Plan, das von einem großserbischen Reich mit Häfen an der Adria träume. Untergeordnet sei die Rolle Griechenlands in der Adria, doch stehe auch dieses Italien feindlich gegenüber. Es sei schwer zu sagen, wie eine Einigung unter all diesen Ansprüchen herzustellen sei. Sicher sei wohl, daß Österreich durch seine Niederlage ausgeschaltet werde, und daß Italien und Serbien sich die österreichische Erbschaft streitig machen werden. Im Interesse einer Lösung habe Rußland schon im April 1915 die Bildung zweier slawischer Staaten am Ostufer der Adria vorgeschlagen, aber Italien bestehe nicht nur auf den Erwerb von Triest, Pola und Fiume, sondern auch Mitteldalmatiens von der Zermagna bis zur Narenta mit Zara, Sebenico, Spalato und allen Inseln zwischen Fiume und Cattaro. Auch Valona müsse italienisch bleiben. Eine Verständigung darüber sei noch nicht erreicht, man könne sich nur fragen, ob Italien einen großen Vorteil davon haben werde, wenn es unter Mißachtung des Nationalitätenprinzips 1½ Millionen Slawen sich einverleibe, und ob ein größerer Anteil Serbiens am Küstenlande Italiens Hegemonie in der Adria gefährden könne. Übrigens scheine sich neuerdings eine Lösung anzubahnen, da nach der letzten Erklärung Paschitschs Serbien keine Seemacht werden und keine Kriegsmarine halten wolle. Gegen eine wirtschaftliche Ausdehnung Serbiens am Adriaufer könne Italien aber keine Einwände erheben.

Die führenden Staatsmänner Italiens halten im allgemeinen mit ihren sicherlich sehr weitgehenden Kriegszielen zurück. Man findet meist immer nur die immer wiederkehrende Phrase der italienischen „Erlösermission", ähnlich wie in den Reden englischer Minister so häufig die Rede ist von „Friedensgarantien". Kaum hatte sich aber Italien offen zu unseren Feinden geschlagen; kaum war der Krieg zwischen Österreich und Italien ausgebrochen, da stellte es sich gar bald heraus, daß ein sehr großer Teil des Volkes, das vom österreichischen „Joch" befreit werden sollte, keinerlei Bedürfnis nach Befreiung fühlte. Und sehr richtig meint der Holländer J. Versluys in seiner recht beachtenswerten Schrift „Über Annexionspolitik": „Es war übrigens auch vorauszusehen, daß die italienischen Tiroler die österreichische Oberhoheit dem italienischen Joch vorziehen würden."

Im Gegensatz jedoch zu seinen Kollegen macht S o n n i n o in seiner Rede vom 6. April 1916 einmal eine deutliche Anspielung auf Valona, „durch dessen Inbesitznahme die italienischen Interessen auf diesem Teil des jenseitigen Ufers des Adriatischen Meeres als gesichert betrachtet werden können, solange die Ereignisse auf dem Balkan im Flusse sind."

IV.
Rußland.

Rußland hatte sich nachgewiesenermaßen auf den Krieg seit langem, und dazu in gründlichster Weise, vorbereitet. Der Russe haßt uns. Seit

dem Jahre 1878 war die Empörung gegen „den ehrlichen Makler" allgemein, und der Gedanke an einen Krieg mit Deutschland wurde immer volkstümlicher. Der bereits vorher erwähnte belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, schrieb in einem seiner Berichte darüber: „In dem russischen Volk hat sich in dem Glauben, von Deutschland um die Früchte seiner Siege gebracht worden zu sein, ein Haß gegen seinen westlichen Nachbarn entwickelt, der noch durch den Neid gesteigert worden ist, den die schnelle Entwicklung der deutschen Macht hervorgerufen hat." Früher hatte er schon berichtet: „Ebenso haßt der Russe den Deutschen, weil Deutschland das Nachbarland ist, das zum Vergleich reizt, und dessen überlegene Zivilisation seinen Barbarenstolz demütigt."

Dr. Neumann-Frohnau weist diesen Stimmungsumschwung in Rußland zu unseren Ungunsten in seiner höchst lesenswerten Arbeit „Die Zerschmetterung Deutschlands" noch ausführlicher nach. Sehr interessant sind auch die eingehenden Darlegungen über die russischen Stimmungen und Ansichten, die Professor Hans Delbrück in seiner Broschüre „Die Motive und Ziele der russischen Politik nach zwei Russen" veröffentlicht hat. Besonders bemerkenswert sind darin die Äußerungen des Professors von Mitrofanoff, der in einem offenen Brief an Delbrück u. a. schrieb: „Die von Ihnen erwähnte Spannung läßt sich nicht in Abrede stellen, sie ist eine Tatsache, und wird von jedem halbwegs intelligenten Menschen empfunden. Die Anzeichen davon lassen sich nicht allein in Zeitungsartikeln finden, sondern die Mißstimmung gegen

die Deutschen ist in jedermanns Seele und Mund, und selten, dünkt mich, war die öffentliche Meinung einstimmiger. Diese Stimmung ist zwar nur in der letzten Zeit laut geworden, aber sie reifte schon längst heran . . . . . . Die ganze Sympathie der breiten gebildeten Klassen in St. Petersburg wie auch in der Provinz wandte sich Frankreich zu, und die Wegnahme von Elsaß-Lothringen wurde fast wie ein nationales Unglück betrachtet. Die Vorliebe für die Franzosen war stark genug, um ihr Unglück lebhaft mitzufühlen. Der Krimkrieg hatte nichts an diesen Gefühlen geändert: Der Franzose blieb der ritterliche Gegner, mit dem er nach einem blutigen Kampfe fraternisierte; man haßte nur Österreich, die deutsche Macht, die zum Judas gebrandmarkt wurde. . . . . . . Das deutsch-österreichische Bündnis machte das Deutsche Reich zum prinzipiellen Gegner Rußlands. Für Rußland ist die Balkanfrage keine guerre de luxe, kein abenteuerlicher Traum des Slawophilen: Ihre Lösung ist eine unzweifelhafte ökonomische und politische Notwendigkeit. . . . . Der Drang nach Süden ist eine historische, politische und ökonomische Notwendigkeit, und der fremde Staat, der sich diesem Drang widersetzt, ist eo ipso ein feindlicher Staat. . . . . . Kurz und bündig! Selbständig und als Bundesgenosse Österreichs, überall, auf jedem Schritt und Tritt, in der ganzen Levante stößt und stieß Rußland bei der Lösung seiner vitalsten Aufgabe — der Orientfrage — auf den Widerstand der Deutschen. Es ist den Russen jetzt klar geworden: wenn alles so verbleibt, wie es jetzt ist, geht der Weg nach Konstantinopel durch Berlin. Wien ist eigentlich eine sekundäre Frage."

Der zweite der von Professor Delbrück angeführten Kronzeugen, Fürst Kotschubey, stellte den Gegensatz zwischen Deutschland und England als den Angelpunkt der europäischen Politik hin. Auch er kann nicht leugnen, daß sowohl das russische Parlament wie auch das ganze Volk einen Krieg mit Deutschland freudig begrüßen würde. „Etwas anderes (als der wenig populäre japanische Krieg) wäre der Krieg gegen Deutschland, den althergebrachten Feind der Slawen, der sich in den Gemütern der Bauern als Urheber der Knechtschaft verkörperte, voll Härte gegen die Schwachen, als unbeugsame Herren über die Arbeiter, als Vorbild der alten Bureaukratie in Rußland."

Noch ein halbes Jahr vor Kriegsausbruch schrieb der Historiker Waliszewski: „Für ein Reich wie das unsrige ist der Krieg das natürliche Gesetz seiner Existenz. Drei Jahrhunderte hindurch ist Rußland im Feuer steter Schlachten gewesen, und wenn wir jetzt diese Flammen löschen wollten, würden wir auch auf die Stellung verzichten müssen, die wir in der Welt einnehmen."

Der bekannte General Kuropatkin weist in einer Denkschrift nachdrücklichst darauf hin, daß Rußland Nordskandinavien nehmen müsse, um an den Atlantischen Ozean zu gelangen.

Rußlands einziges Streben ist darauf gerichtet, Anschluß an das Meer zu bekommen, eisfreie Häfen zu besitzen. Und darum sind alle führenden Kreise der russischen Bevölkerung von der Notwendigkeit der Ausdehnung nicht nur über die Türkei, sondern auch nach der Ostsee hin überzeugt. Derartige Äußerungen des früheren Ministers Sasanoff, des Kadettenführers Miljukoff, des bekannten Schreiers Menschikoff oder des Fürsten Abamalek-Lasareff besagen durchaus nichts Neues.

Rußland setzt den Krieg keineswegs etwa nur England zu Gefallen fort. Vielmehr wird die Kriegsentschlossenheit in Petersburg unmittelbar durch die Furcht vor neuen Kriegen bestimmt. Mehrmals ist von der Regierungstribüne in der Duma namens der russischen Regierung erklärt worden, daß der Krieg bis zum Schlusse, d. h. bis zum vollständigen Siege geführt werden müsse. Am unzweideutigsten hat der damalige Ministerpräsident Trepow in seiner viel besprochenen Rede vom 2. Dezember 1916 sich in diesem Sinne ausgesprochen. In einer Besprechung dieser Rede beleuchtete in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 19. Dezember der russische Privatdozent Dr. F. Liffchits in Bern die Stellung Rußlands zur Türkei noch einmal besonders: Der Verband hatte der Türkei als Entgelt für Neutralität Unantastbarkeit und Unabhängigkeit angeboten, wie auch besondere Vorrechte und Vorzüge zugesichert. Die Türkei aber hat Rußland überfallen und provoziert. Der Widerspruch in Trepows Rede, daß er einerseits von dem historischen Problem hinsichtlich Konstantinopels und andererseits von der Unantastbarkeit der Türkei spricht, ist nur scheinbar. Rußland braucht freien Ausgang zum Meer, der für Kriegszeiten erst Bedeutung bekommt. Der freie Ausgang ist abhängig von den Beziehungen der Türkei zu Rußland. Während dieses nach Aussöhnung strebte und deshalb im Balkankrieg neutral blieb, hat die Türkei die Beziehungen zu Rußland getrübt. Daher muß nun die russische Neuorientierung rückgängig gemacht werden. Gerade durch Neutralität hätte die Türkei in

diesem Kriege Rußland von der Bedeutungslosigkeit des Besitzes der Meerengen überzeugen können. Rußlands Feinde dagegen haben von je her Eroberungsziele gehabt. Deutschland ist Rußland darin vorangegangen. Rußland jedoch hat erst daraufhin und der Türkei gegenüber durch deren veränderte Stellung sich zu Eroberungszielen veranlaßt gesehen.

Trepow machte in der oben erwähnten Rede die erste öffentliche Mitteilung von dem innerhalb des Verbandes getroffenen Dardanellen-Abkommen. Besonders freundliche Worte widmete „Nowoje Wremja" am 4. Dezember diesem Abkommen über die Meerengen. Am Tage vorher schrieb dasselbe Blatt: „Die Meerengen kommen nach dem Kriege in die volle Verfügung des russischen Reiches. Eine solche Entscheidung ist die einzig vernünftige, sie stellt die friedliche Entwicklung Rußlands sicher und fällt gleichzeitig mit den Lebensinteressen aller zivilisierten europäischen Länder zusammen .... Die Übergabe der Meerengen in die festen Hände eines friedliebenden (!) Volkes ist darum eine alleuropäische Notwendigkeit .... Der Raubstaat Deutschland will sich wie eine alles verzehrende Heuschrecke von der Ostsee bis zum Mittelmeer und Persischen Golf durchfressen, als eine Gefahr für die Völker der ganzen Welt .... Wenn der Ministerpräsident, der in der Duma den internationalen Akt von ungeheurer historischer Bedeutung verkündete, auch vermag, das Abkommen tatsächlich durchzuführen, so trägt er seinen Namen in das geheiligte Verzeichnis des Erbauers des russischen Reiches ein."

Die „Birschewija Wjedomosti" aber schrieben an demselben Tage: „Einzig und allein

das Schicksal Serbiens, das Deutschland und Österreich auf der internationalen Landstraße zu erwürgen beabsichtigten, zwang uns, gegen unseren Willen zu den Waffen zu greifen. Freilich richtete Rußland während der letzten zwei Jahrhunderte seine Blicke nach den blauen Gewässern des Bosporus .... Natürlich wuchsen mit dem Zunehmen des Maßstabes des Krieges auch die sogenannten „Kriegsziele". Der Krieg hat sich in die Länge gezogen, er wuchs sich zu ungeheuren und erschütternden Maßen aus, die alle Erwartungen, alles für möglich Geglaubte übertroffen haben. Er forderte von den daran beteiligten Völkern eine so unglaubliche und unerhörte moralische und materielle Anspannung, schließlich wurden ihm solche Hekatomben menschlicher Leben zum Opfer gebracht, daß allen immer stärker zum Bewußtsein kam, daß irgendwie diese großen Verluste, die friedlichen und arbeitsamen Völkern zugefügt worden sind, ausgeglichen werden müßten .... Jetzt wissen wir aus der von Trepow verlesenen Erklärung, daß als Ergebnis des Sieges der Verbandsmächte Rußland Konstantinopel und die Meerengen erhalten wird .... Ist denn nicht das Erreichen eines jahrhundertelangen Traumes ein strahlendes Ziel, das diesem gigantischen Kampf für uns einen Sinn gibt? Krönen denn nicht Konstantinopel und die Dardanellen das Haupt des sich im Kampfe erschöpfenden Rußlands mit Lorbeeren? Wenn der Weg in die Zukunft bisher für uns dunkel und unwegsam war, so fällt jetzt helles Licht auf unsere nationale Straße, das unsere historischen Aussichten hell erleuchtet. Jetzt wissen wir, daß hinter dem Siege sich für uns der uferlose Horizont eröffnet und die ganze

Weite des freien Meeres .... Bis jetzt hatten wir uns nur ein „Fenster“ nach Europa geöffnet, jetzt wird eine weite, freie Tür nach Europa durchgelegt .... „Der kranke Mann“ wäre schon längst von den Brettern der Weltgeschichte verschwunden, und die Hohe Pforte hätte schon längst aufgehört, der Pförtner Europas zu sein, wenn nicht das tiefgehende Mißtrauen, das sich durch Jahrzehnte zwischen England und Rußland angehäuft hatte, dazu gezwungen hätte, „die Türkei zu erfinden“. Die Erklärung Trepows über das Abkommen verkündet mit jeder Silbe laut und unabänderlich, daß das frühere Mißtrauen der Vergangenheit angehört.“

Nachdem so das wichtigste Kriegsziel Rußlands wohl hinreichend offenbart sein dürfte, darf man aber nicht einen weiteren russischen „Herzenswunsch“ außer acht lassen, der damit im engsten Zusammenhange steht. Das ist die „Durchschneidung der deutschen Balkanzugs-Linie“, die W. Ern im „Utro Rossij“ vom 19. Oktober 1916 als das „Finale des Krieges“ bezeichnet. „Die Dauer des Krieges und sein Ergebnis“, so liest man da, „hängen vollständig davon ab, ob die Verbandsheere imstande sein werden, die Linie zu durchschneiden, die die erste, mit Blut geschaffene Arterie der deutschen Weltherrschaft bedeutet .... Jetzt stellt er in endgültiger Form die Frage: Wem wird der Weg nach Konstantinopel und damit die Weltherrschaft gehören: Den Mittelmächten mit dem tyrannischen Preußen an der Spitze oder dem freien Verbande von Staaten mit verschiedenartigem nationalen Antlitz und unterschiedlichen ethischen welthistorischen Aufgaben, die gemeinsame Arbeit

und gegenseitige Ergänzung bedingen, aber nicht Tyrannei und gegenseitiges Verschlingen .... Werden die Verbandszüge aus Saloniki nach Rußland dampfen, oder werden die deutschen „Balkanzüge“ denselben Raum in entgegengesetzter Richtung durcheilen? Das ist am letzten Ende die Entscheidungsfrage vom Schlusse des Krieges.“

V.
Serbien und Belgien.

Eins haben die „Kriegsziele“ Serbiens und Belgiens gemein: den Dünkel und die Großmannssucht, die aus ihnen spricht. Es finden sich tatsächlich in beiden Ländern unter den maßgebenden Politikern Männer. die nicht nur die Begriffe „Groß-Belgien“ oder „Groß-Serbien“ leichtfertig im Munde führen, sondern allen Ernstes auch heute noch ihrer festen Meinung Ausdruck geben, es müsse ein beträchtlicher Teil des Gebietes der Mittelmächte Belgien oder Serbien einverleibt werden. Den Größenwahnsinn, der sich damit kundtut, findet man auch auf mancherlei Art ausgedrückt.

Ich habe schon im III. Abschnitt den großserbischen Gedanken gestreift. Hinlänglich bekannt ist es, daß es das Bestreben der russischen Diplomatie seit langem war, die Serben in ihrem Hochmut nach Kräften zu unterstützen und sie aufzustacheln, Österreich zum Äußersten zu reizen. Die Russen machten ihren Stammesgenossen die weitgehendsten Versprechungen, und so gelang es ihnen auch in der Tat, das ehrgeizige Volk völlig zu umgarnen und es ihren Eroberungsgelüsten dienstbar zu machen. Kein

Geringerer als der serbische Ministerpräsident Paschitsch hat sich im November 1916 auf der Insel Korfu einem Berichterstatter der „Nowoje Wremja" gegenüber über die „Bildung eines südslawischen Reiches" offen ausgesprochen. Das Blatt gibt in seiner Nummer vom 26. November die Ansicht des maßgebenden serbischen Staatsmannes folgendermaßen wieder: „Die Zeit ist nicht mehr fern, da das gesamte serbisch-kroatisch-slowenische Gebiet befreit und zu einem Reiche vereinigt sein wird, um ein für allemal dem Streben Deutschlands nach Osten ein Ziel zu setzen. Ebenso, wie einst unser ruhmreicher Verbündeter Italien befreit und geeinigt wurde, einigen sich auch die Südslawen, und Serbien blickt nicht auf das serbisch-kroatische Gebiet wie auf ein zu eroberndes Land, sondern betrachtet es als das Land seines Stammes, das vom hundertjährigen Joch befreit werden muß. Das orthodoxe Rußland sollte sich um das Schicksal der Orthodoxie im südslawischen Reiche nicht bangen. Im Laufe vieler Jahrhunderte haben die Südslawen, sowohl die griechisch- als auch die römisch-katholischen, Schulter an Schulter gegen die Türken gekämpft. Diese Waffenbrüderschaft machte diese und jene sehr tolerant. Die römischen Katholiken hassen nicht nur nicht ihre griechisch-katholischen Landsleute, sondern neigen sich immer mehr der slawischen Liturgie zu, trotz aller Anstrengungen Österreichs, die Südslawen in religiöser Beziehung zu spalten und den religiösen Zwiespalt auszunutzen. Ich kann den Lesern der „Nowoje Wremja" die angenehme Neuigkeit mitteilen, daß nach einer Vereinbarung zwischen Serbien und dem Vatikan die Katholiken des zukünftigen serbischen Staates den Gottesdienst

in der Sprache werden abhalten können, die sie selber wählen. Auf diese Weise wird die Frage nach der slawischen Liturgie nicht auf die Schwierigkeit stoßen, auf die immer die österreichische Politik sich gründete. Was die italienisch-serbischen Beziehungen anlangt, so bin ich überzeugt, daß sie auf den Grundsätzen von Recht und Billigkeit aufgebaut sein werden, um so mehr als Italien zusammen mit uns für die nationale Freiheit und Befreiung Europas kämpft. Bezüglich Bulgariens ist zu sagen, daß die Serben die Vernichtung Bulgariens nicht wünschen, trotz seines Eidbruches und des Verrats an der slawischen Sache. Nach der Befreiung unseres Stammes in seinem vollen Umfange strebend, können wir nicht danach trachten, daß Bulgarien sein Staatsgebiet zu unseren Gunsten verlieren soll, mit Ausnahme des Bezirks von Widdin, der in ethnographischer Beziehung durchaus serbisch ist, und des Strumatals einschließlich Pernik und Bresnik. Mag Bulgarien weiterbestehen; aber die Diplomaten unserer Verbündeten müssen es solchen Bedingungen unterwerfen, daß es niemals nach der Hegemonie auf dem Balkan streben und nie die Russen oder Serben überfallen kann. Melden Sie den russischen Brüdern, daß das schwergeprüfte Serbien niemals vergessen wird, was Rußland für die Serben getan hat, und übermitteln Sie Rußland den Ausdruck unseres Entzückens über die Heldentaten der russischen Truppen, die jetzt auf serbischem Gebiet kämpfen."

Schon vor dem Weltkriege gab es in Belgien eine Gruppe einflußreicher Politiker und Journalisten, die von der belgischen Regierung begünstigt, die lebhafteste Propaganda entfal-

teten für das „Belgien der Zukunft". Die Pläne dieser großbelgischen Annexionisten wollten nicht nur dem Deutschen Reiche wertvolle Bezirke nehmen, sondern auch das Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich der Niederlande zwei besonders wichtige Provinzen, Seeflandern und Limburg, rauben. Seit der Erwerbung der Kongokolonie hat der belgische Imperialismus immer kühner sein Haupt erhoben und bedeutet bis in die jüngste Zeit hinein eine ernste Gefahr auch für Holland. Belgische Parlamentarier, so z. B. van den Perre, van der Velde, der Minister Carton de Wiart sind in ihren Reden, die sie in London, Paris und Lyon gehalten, mit großem Eifer für belgische Eroberungen eingetreten. Agenten der belgischen Regierung werden nicht müde, fortwährend für den Gedanken einer Vergrößerung Belgiens Stimmung zu machen. Außerordentlich bemerkenswerte Kundgebungen des belgischen Imperialismus finden sich in der „Revue de Paris", „XX. Siècle" (dem Blatt der belgischen Regierung), „La nouvelle Belgique", u. a. m. Es gibt eine große belgische annexionistische Literatur. In Gent war ein flämisch-belgischer Geheimbund errichtet, der die Vertreibung der echtgermanischen Flamen durchsetzen will, für den Fall, daß Frankreich siegt. („De Toekomst" vom 10. Juli 1915.)

Dies alles sind unumstößliche Beweise für belgische Aufteilungspläne, die, wenn sie auch keine bindenden Erklärungen der belgischen Regierung darstellen, uns die Augen öffnen über die „Kriegsziele Belgiens".

Unsere Feinde haben „die Maske fallen lassen". Wir wissen also jetzt ganz genau, auf was wir uns gefaßt machen können, wenn der Sieg der ihre wäre. Ich mußte mich im wesentlichen auf das beschränken, was sie gegen unser Deutsches Reich planen. Ihre nicht minder verbrecherischen Anschläge gegen unsere Bundesgenossen konnte ich nur hier und da ganz flüchtig streifen. Es liegen hierüber auch wenig wirklich verbürgte Nachrichten vor. Nur über die Aufteilung der Türkei scheinen die vielen Besprechungen und Zusammenkünfte des Zehnverbandes bestimmte Ergebnisse gehabt zu haben. So behaupten z. B. die „Basler Nachrichten" Anfang Februar 1917 auf Grund von Informationen von „hervorragender Seite" in der Lage zu sein, über den Verlauf der diesbezüglichen Verhandlungen zwischen Rußland, England und Frankreich folgende Einzelheiten mitteilen zu können: Zuerst wurde nur über die Meerenge von Konstantinopel verhandelt. Im Frühjahr 1915 erklärten sich Frankreich und England auf Rußlands Verlangen hin einverstanden, daß Rußland die Stadt Konstantinopel mit dem europäischen Ufer des Marmarameeres und der Dardanellen bis zur Linie Enos—Midia als Gebietszuwachs erhalten solle. Des weiteren wurden Rußland die Inseln Imbros und Tenedos, die Inseln des Marmarameeres und auf der kleinasiatischen Seite die Halbinseln zugesprochen, die durch das Schwarze Meer, den Bosporus und den Golf von Ismid einerseits und gegen Osten durch den Fluß Sakaria anderseits gebildet werden. Um das nötige Gegengewicht gegen die russische Herrschaft über die Meerenge von Konstantinopel zu schaffen, besetzte England die Inseln

Samothrake und Lemnos. Die Verhandlungen wurden später von seiten Rußlands und der Westmächte auf ganz Kleinasien ausgedehnt und dabei folgende Vereinbarungen getroffen: Die asiatischen Wilajette Trapezunt und Kurdistan erhält Rußland. Syrien mit Adana und Mersina und das nördlich angrenzende Hinterland bis Siwas und Kharput erhält Frankreich, Mesopotamien erhält England. Der Rest von Anatolien und Kleinasien wird in englische und französische Interessensphären aufgeteilt, für Palästina ist eine Art Internationalisierung beabsichtigt, und das eigentliche Arabien sowie die übrigen von Arabern bewohnten Teile der Asiatischen Türkei einschließlich der heiligen Stätten sollen in einen einheitlichen Staat oder in einen Staatenbund zusammengefaßt werden, der unter englischer und französischer Oberhoheit stehen soll.

Eine ungeheure Zeugnislast für ihre skrupellosen, schändlichen Kriegsziele haben unsere Feinde uns selbst enthüllt. All das, was sie gegen uns im Schilde führen, wollen wir uns für alle Fälle ja recht gut merken. Wir haben es erfahren müssen, daß sie nicht eher Ruhe geben werden, bis sie uns vernichtet haben — oder selber vernichtet worden sind. Dieser guten Lehren, die ihre Forderungen enthalten, wollen wir uns erinnern, wenn erst einmal die Zeit für uns da ist, um unsererseits Forderungen zu erheben.

Quellen-Nachweis.

J. Versluys: Über Annexions-Politik. Die Kriegsziele unserer Feinde. Rembrandt-Verlag. Oberweimar in Thüringen.

Dr. J. Neumann-Frohnau: Die Zerschmetterung Deutschlands. Die Kriegsziele unserer Feinde im Spiegel ihrer eigenen Äußerungen. Berlin 1915. Verlag von Carl Curtius.

Fr. Delaisi: „La guerre qui vient" („Der kommende Krieg"). In deutscher Übersetzung bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

—: „Die Zerstückelung Deutschlands". Drakonische Friedensbedingungen von Onésime Reclus, Paris. Deutsch von Dr. Paul Brönnle. Verlag von Krüger & Co. in Leipzig.

Hans Delbrück: „Die Motive und Ziele der russischen Politik nach zwei Russen". Berlin 1915. Verlag von Georg Stilke.

Karl Leuthner: „Russischer Volksimperialismus". Berlin 1915. S. Fischer.

Eduard Behrens: „Das kriegerische Frankreich". München. Rosenlaui Verlag.

Leo Picard: „Das Problem der Scheldemündung". In deutscher Übersetzung herausgegeben vom Rembrandt-Verlag. Oberweimar in Thüringen.

Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker., Berlin W 8

Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker., Berlin W 8

Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker., Berlin W. 8.

END OF
TITLE